

Jäger machen mobil

DEBATTE Podiumsdiskussion über den Reformentwurf des Landesjagdgesetzes

Vom 18.01.2010

BAD SOBERNHEIM (wmy). Im Namen der Bad Sobernheimer Jägerschaft hatte Hegeringleiter Klaus Nieding zur Informationsveranstaltung mit Podiumsdiskussion über den Reformentwurf des Landesjagdgesetzes in den Desch-Saal des Hauses "BollAnt's" geladen. Und nicht nur Jäger kamen.

Geladen und in großer Zahl erschienen waren auch Zuhörer aus dem Kreise der Winzer, Landwirte, Jagdgenossen und ebenfalls einige Bürgermeister der Ortsgemeinden. Als Erfolg wertete Nieding nicht allein die überwältigende Zahl, sondern auch die offene Diskutierfreude der Gekommenen.

In seiner Einführung stellte Nieding die Position der Jäger zu den "drohenden" Gesetzesänderungen dar. Wenig davon finde Zustimmung. Einiges dagegen könne, wie Nieding betonte, so nicht hingenommen werden.

Erbitterter Widerstand

Neben zahlreichen Einsprüchen und Anmeldungen von Verbesserungsbedarf, so zu der geplanten Verkürzung der Mindestpachtzeit (Paragraph 13) und den deutlichen Einschränkungen der bisherigen Regelungen zum möglichen Abschuss von wildernden Hunden und Katzen (Paragraph 32) und dem Verzicht auf den aus gewachsener Tradition umrissenen Begriff der Waidgerechtigkeit, sind es vor allem Paragraph 12 zu Bewirtschaftungsbezirken und Hegegemeinschaften und Paragraph 30 zur Abschussregelung, die den erbitterten Widerstand der Jäger hervorrufen. So vor allem die Festschreibung von Bewirtschaftungsbezirken für Rot-, Dam- und Muffelwild.

Es könne nicht sein, so Nieding, dass "unsere Leitwildart, das Rotwild, und mit ihm auch das Dam- und Muffelwild, zukünftig in `Reservate` von behördlichen Gnaden eingepfercht werden soll und bei jedem Versuch, seinem arteigenen und völlig natürlichen Wanderverhalten nachzugehen, um vor allem genetische Verkümmern zu vermeiden, zukünftig einem gesetzlich angeordneten Totalabschuss unterliegen soll".

Eine völlige Praxisferne sieht Nieding in den behördlich verordneten Mindestabschussplänen für Schwarzwild und lädt die entscheidenden Politiker "gerne zu einigen Sauansitzen" ein. Keine Schalenwildart sei in ihrer Bestandsentwicklung und ihrem Vorkommen schwieriger vorherzusagen oder jagdlich zu beeinflussen. Die Nichterfüllung der Abschussvorgaben behördlich zu ahnden, sei einzig der Weg, solche Reviere unverpachtbar zu machen.

Sicherlich ungewohnt war die Aufgabe der Landesvertreter. Neben Nieding und Lorenz Steden, dem Vizepräsident des Landesjagdverbandes (LJV), standen MdL Bettina Dickes (CDU), Nicole Morsblech, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, und Carsten Pörksen, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion auf dem Podium Rede und Antwort. Keineswegs selbst Experten, hatten sie sich doch umfassend kundig gemacht und stellten im Umriss die Positionen ihrer Parteien dar.

Dickes und Morsblech machten deutlich, dass sie ihre Aufgabe dahin sähen, die Argumente der Diskussion an die entscheidenden Stellen ihrer Parteien zu tragen. Da es sich momentan bei dem Reformpapier um einen Referentenentwurf und noch keineswegs um eine Gesetzesvorlage handele, war Pörksen sicher, dass keineswegs alle Punkte fest betonierte seien. Er sei sicher, die Ministerin werde sich für Argumente offen zeigen.

Schäden durch Schwarzwild

Auch bei Landwirten, Winzern und Jagdgenossen fand der Entwurf keineswegs ungeteilte Zustimmung. Zwar sei es ein deutlicher Versuch, den Schäden durch überhand nehmendes Schwarzwild zu begegnen, aber sicher nicht die ideale Antwort. Das Problem aber bleibe in jedem Fall. Für Winzer sei es weit mehr als nur eine Lästigkeit, würden sie doch im Gegensatz zu den

Landwirten für Ernteauffälle vom Jagdpächter nicht einmal entschädigt. Wie Steden betonte, schlossen davor auch die Jäger nicht die Augen. Der Entwurf jedoch, so der Kreisgruppenvorsitzende des Landesjagdverbands, Ralf Rauschenplat, sei keine geeignete Antwort.